

Die Aufgabe der SPD in unserer Zeit

Lehren der Bundestagswahl 1953

1. Selten ist ein Wahlergebnis so unterschiedlich bewertet worden wie das der letzten Bundestagswahl. Lob und Tadel sind der westdeutschen Bevölkerung dabei in gleicher Ungehemmtheit zuteil geworden. So hat der Neuliberale *Wilhelm Röpke* (Genf), einer der geistigen Väter und Lobpreiser der „sozialen Marktwirtschaft“ und des Herrn Minister *Erhard*, ihr bescheinigt¹⁾, daß sie „in einer Art von Schnellkurs den Lehrgang der Demokratie“ mit gutem Erfolg absolviert hat. Dagegen sah der englische Linkssozialist *Bevan* wieder dieselben Mächte am Werk, die seinerzeit Hitlers Aufstieg vorbereiteten²⁾. Bei diesen beiden Kommentatoren mag es die Entfernung von Deutschland entschuldigen, daß der Blick durch ihre ideologische Brille sie nur noch das Spiegelbild ihrer eigenen dogmatischen Vorurteile erkennen läßt. Beschämender ist es, daß auch so viele von den unmittelbar betroffenen deutschen Politikern nicht in der Lage waren, sich in ihrem Urteil vom eigenen Interessenstandpunkt zu lösen³⁾. Was dabei auffällt, ist die Unfähigkeit, sich in die Lage des deutschen Wählers zu versetzen, zu verstehen, wie schwer er es hat, die Wirrnisse der politischen und wirtschaftlichen Tatsachen und Programme zu durchschauen, und wie er dadurch, obwohl mehr von Mißtrauen als von Leichtgläubigkeit erfüllt, in Abhängigkeit von Zeitstimmungen und Zufälligkeiten gerät.

2. Eine der entscheidendsten „Zufälligkeiten“ war diesmal die Persönlichkeit des Bundeskanzlers. Zu ihm bekannte sich offensichtlich die Mehrzahl der bisher politisch Abstinente und der Jungwähler. Daß sie es taten, war kein Bekenntnis zu einem neuen „Führer“, sondern lediglich die Kehrseite des Mißtrauens gegen die Politik und die Parteien.

Jeder frage sich doch einmal selbst, wie er, wenn er von jeder vermeintlichen oder tatsächlichen Sachkenntnis unbelastet zur Wahl gegangen wäre, reagiert hätte! — Wenn ich mit meinem Verstand nicht weiterkomme, dann benutze ich meinen Instinkt, und häufig fahre ich dabei besser. Wenn ich den verschlungenen und manchmal in sich widerspruchsvollen Kontroversen der Parteien nicht zu folgen vermag, dann suche, ich mir einen Menschen, der mir durch seine Physiognomie und seine Haltung, durch seine Worte und seine Taten Vertrauen einflößt. Seinen Ratschlägen folge ich. — Ist es da so unbegreiflich, daß gerade für viele derjenigen Wähler, die sich in der Politik nicht zurechtfinden, der Bundeskanzler dieser Mensch war? Sicherlich fühlten sich die wenigsten in der Lage zu erkennen, ob die Politik des Kanzlers richtig oder falsch war. Aber es schien ihnen dort endlich ein Politiker zu sein, der wußte, was er wollte, der das klar und allgemeinverständlich sagte, und der mit seinen Bemühungen auch wohl Erfolg hatte.

Wir wollen uns nichts vormachen! Von uns anderen, die wir in erster Linie Parteien wählten, wieviel wählten da aus Gewohnheit, aus Sentiments und Ressentiments, aus persönlichem Interesse, aus innerer Unwahrhaftigkeit und aus mangelnder Courage vor sich selbst, also auch nicht aus echter rationaler Einsicht? Und wie viele wählten wirklich nach bestem Wissen und Gewissen und im vollen Bewußtsein, daß ihre Wahl nur unter bestimmten Voraussetzungen die richtige war? Nein, uns steht es nicht an, mit denen zu rechten, die eine Einzelpersonlichkeit für zuverlässiger halten als eine Partei.

3. Auf der anderen Seite ist eine solche Reaktion sicher auch kein Zeichen für besondere politische Reife und Urteilsfähigkeit. Man folgte einfach der Grundstimmung

1) Nach der Neuen Zürcher Zeitung vom 23. 9. 1953.

2) Nach einer Meldung der Neuen Zürcher Zeitung vom 23. 9. 1953.

3) Damit soll nicht bestritten werden, daß in der deutschen Presse z. T. ganz ausgezeichnete Kommentare und Analysen der Wahl erschienen sind. Sie stammen aber wohl alle von Outsidern der Politik. Es sei hier mir auf die Artikel von Walter *D i r k s* in der „Deutschen Universitätszeitung“ (Göttingen) vom 14. 9. 1953 und von *D o l f S t e r n b e r g e r* in der „Gegenwart“ (Frankfurt/M.) vom 12. 9. 1953 und auf die verschiedenen Veröffentlichungen des „Spiegels“ und der „Deutschen Zeitung“ verwiesen.

unserer Zeit: Der Angst vor sozialen Experimenten, dem Begnügen damit, selbst wieder arbeiten und verdienen zu können, der Abneigung, sich mit der Not anderer und den Aufgaben der Gemeinschaft zu befassen. Man war zufrieden. Man wollte, daß es so blieb. Die Regierung schien ja alles aufs beste zu lenken. — Das alles ist sicher kein Zeichen für demokratisches Verantwortungsgefühl, für politisches Mitdenken und Miterleben. Aber wer hat das Recht, den ersten Stein zu werfen? Ganz bestimmt nicht diejenigen, die nichts dazu taten, um dem deutschen Wähler die politische Orientierung zu erleichtern. Und damit sind wir beim Versagen der Opposition, der SPD, angelangt.

4. In einem demokratischen Gemeinwesen liegt die Gestaltung des Gemeinschaftslebens in der Hand der Regierung und ihrer Parteien. Die Aufgabe der Opposition ist es, diese Gestaltung zu überwachen und ihre Einseitigkeiten, ihre Mängel und Gefahren allen Mitbürgern verständlich zu machen. Für die Fruchtbarkeit einer solchen Arbeitsteilung ist die Rücksichtnahme auf die Rechte der oppositionellen Minderheit genau so erforderlich wie die loyale Haltung der Opposition in ihrer Kritik. Daß es mit beiden bei uns in den letzten Jahren nicht geklappt hat, dafür hat die Schuld bestimmt nicht nur auf einer Seite gelegen. Daß die oppositionelle Kritik bei den zwischen den Parteien stehenden Wählermassen nicht ankam, hat sich die SPD selbst zuzuschreiben, deren Konzeption sogar vielen ihrer Anhänger unklar, unnötig kompliziert, vorurteilshaft eng, widerspruchsvoll und mißverständlich erschienen ist. Ein solches Versagen wog um so schwerer, als die aus der Zeitstimmung und aus Zufälligkeiten sich ergebende Situation für die SPD nicht eben günstig war.

Daß die SPD insgesamt noch eine Million Stimmen gewinnen konnte, beweist nicht das Gegenteil. Es zeigt nur, wie groß auch heute noch die Zahl derer ist, die bereit sind, der SPD einen moralischen Kredit einzuräumen. Man sollte nicht so leichtfertig sein, anzunehmen, dies könne ad infinitum so weitergehen, ohne daß die SPD sich fähig zeigt, ihre politische Aufgabe zu erfüllen.

5. Seit 50 Jahren ist die SPD damit beschäftigt, den Schatten ihrer marxistischen Vergangenheit zu überspringen. In der Praxis hat sie längst die soziale Pseudoreligion des 19. Jahrhunderts aufgegeben. Aber immer wieder tauchen auch in parteioffiziösen Äußerungen marxistische Vokabeln und jenes einleisige pseudowissenschaftliche Denken auf, das in der Einführung bestimmter sozialer und wissenschaftlicher Institutionen keine Zweckmäßigsfrage sieht, sondern sie zu einer Glaubenssache macht (z. B. Sozialisierung). Immer wieder machen sich bei der Stellungnahme zu politischen, sozialen und wirtschaftlichen Vorgängen Vorurteile und Haltungen bemerkbar, deren Herkunft aus dem marxistischen Weltbild nicht schwer nachzuweisen ist.

Man weiß, daß die marxistische Schablone nicht auf die Wirklichkeit paßt, und trotzdem denken viele alte Sozialisten in ihr weiter, ohne es zu merken: Wir haben so viele Krisen schon überstanden, wir werden auch diese überstehen! (Denn die Geschichte arbeitet ja für uns.) Oder: Uns ist eine Haßwelle der Mittelschichten wie vor 1933 entgegengeschlagen! Das sind alles geborene Faschisten! Wir müssen zurück zur alten Arbeiterbewegung! (Denn die richtige geschichtliche Erkenntnis kann sich nur im Arbeiterproletariat bilden! Der Mittelstand? Wieso existiert er überhaupt noch?) Oder: Die anderen haben nichts anderes im Sinn, als das Volk auszubeuten und den sozialen Fortschritt aufzuhalten! Sie sind Schrittmacher der Restauration! (Denn wie können Parteigänger des Kapitalismus überhaupt etwas anderes sein? Nur wir haben die Fähigkeit, das Zukünftige und das Bessere zu wollen.)

Diese Aufspaltung des Bewußtseins in marxistisches Schablonendenken und realistische Einsicht ist der SPD schon in der Weimarer Republik äußerst hinderlich gewesen. Sie schuf ein böses theoretisches Gewissen und lähmte die Aktivität und Einsicht, Fragen der sozialen Praxis zweckmäßig zu lösen. Auch heute gibt sie wieder vielen offiziellen und halboffiziösen Äußerungen jenen unrealistischen Gehalt und jene unversöhnliche

Schärfe im Ton, die bei der jungen Generation bestenfalls ein verwundertes Kopfschütteln hervorruft. Aber diese geistige Situation der SPD haben ihre Gegner weidlich auszunutzen verstanden, indem sie die SPD mit dem Marxismus gleichsetzten. Das fiel ihnen um so leichter, als sich die SPD niemals ausreichend von der marxistischen Lehre distanziert hat und viele ihrer Funktionäre und Mitglieder dem Befrager gern bestätigen, daß sie Marxisten seien, wenn sie in den meisten Fällen auch gar nicht genau wissen, was das eigentlich ist.

6. Diese Identifikation mit dem Marxismus ist deshalb für die SPD so gefährlich, weil die Massen der zu gewinnenden bisher nicht-sozialistischen Wähler (auch und gerade der Jungwähler) Marxismus mit Bolschewismus-Kommunismus gleichsetzen. Mit dem will aber in Deutschland niemand mehr etwas zu tun haben. Zu viele kennen ihn aus eigenem Erlebnis. Vom Verdacht, die etwas mildere Form des Kommunismus-Bolschewismus zu sein, bis zur Beschuldigung, als „Steigbügelhalter Moskaus“ zu wirken, ist in den Vorstellungen von Menschen, die die Geschichte des Sozialismus nicht kennen, nur ein Schritt.

Um solche Verdächtigung aufkommen zu lassen, dazu waren so unfaire Behauptungen, wie SPD-Funktionäre hätten kommunistische Gelder erhalten⁴), gar nicht erst erforderlich. Daß die SPD im vergangenen Jahre nichts Besseres zu tun hatte, als die alte Sozialisierungsforderung aus der Schublade zu holen und aus ihr eine Prinzipienfrage zu machen, reichte völlig aus, um bestimmte Assoziationen hervorzurufen. Hinzu kamen auch die für manche Sozialisten unverständliche oder doch unklare und widerspruchsvolle Haltung der SPD in der außenpolitischen Debatte und die guten Wünsche der Sowjets, die die SPD in den Wahlkampf begleiteten.

Die Frage, weshalb sympathisieren die Sowjets im Wahlkampf mit der SPD, war eine um so größere psychologische Belastung, als die Ereignisse des 17. Juni nicht gar so lange zurücklagen. Dieser Arbeiteraufstand hat paradoxerweise der SPD beinahe mehr geschadet als der KPD/SED, die sowieso keinen Kredit mehr zu verlieren hatte. Im Gegensatz zu früher dürfte die SPD heute bei freien Wahlen im wiedervereinigten Deutschland keine Aussicht mehr haben, die Mehrheit zu gewinnen. Dies, obwohl es keinen Sozialdemokraten gab und gibt, dessen heiße Sympathien nicht uneingeschränkt auf Seiten der unterdrückten Bevölkerung der Sowjetzone stehen. Aber die vom SEDismus schockierte Bevölkerung reagiert emotional, und auch vom rationalen Standpunkt scheint ihr die Politik *Adenauers* mehr Hoffnung auf Befreiung zu enthalten als die halb pazifistische Haltung der SPD. („Befreiung der Sowjetzone“ ist zwar eine Formulierung des Bundeskanzlers, aber dahinter steht der Wunsch der Ostzonenbevölkerung. Darüber sollte man sich klar sein, wenn auch der damit aufgeworfene Fragenkomplex noch so problematisch sein mag.) Hier wirkte sich außerdem jene Gleichsetzung: Bolschewismus = Marxismus = SPD aus, die zwar (wie vieles, was aus unserer durch einen super-liberalen Trend gekennzeichneten Zeitstimmung heraus geschieht) die Dinge auf den Kopf stellt, an der die SPD jedoch nicht unschuldig ist.

7. Sicherlich ist es nicht schwer, den Nachweis zu führen, daß der Bolschewismus kein echter Marxismus mehr ist. Wen aber dürfte das schon interessieren? — Einige alte Sozialisten. Aber noch die Arbeiterschaft? Die junge Generation dort bestimmt nicht mehr! — Man könnte auch mit Hilfe einiger rabulistischer Kunststücke den Versuch machen, zu beweisen, die neue Konzeption eines freiheitlichen Sozialismus sei die wahre gegenwartsnahe Auslegung von *Karl Marx*. Aber wer würde da wohl zuhören? Mit den vor 30 Jahren noch äußerst beliebten innersozialistischen Kontroversen dar-

4) Behauptungen, die übrigens vom Bundeskanzler selbst stammten, die aber, auch wenn sie gestimmt hätten, nichts beweisen würden, denn kommunistisch bezahlte Spitzel sitzen vermutlich heute in jeder westdeutschen Partei.

über, was Marx eigentlich gemeint habe, kann man heute keinen Wähler mehr hinter dem Ofen hervorlocken und auch keinen Sozialisten, dem es um die erfolgreiche Neugestaltung der Wirklichkeit geht.

Man würde also an den Menschen vorbeireden und nach wie vor mehr oder weniger mit dem Bolschewismus identifiziert werden. Das einzige, was helfen könnte, wäre: endlich das nachzuholen, was man seit 1945 versäumt hat, nämlich eine neue umfassende, wirklichkeitsnahe Konzeption zu entwickeln, aus der der Gegensatz zum Bolschewismus für alle klar und verständlich hervorgeht. Kein moderner Sozialist kann heute an der Tatsache vorbeigehen, daß die marxistische Idee, wie es kaum einer anderen Idee in der Geschichte je geschehen ist, vom Bolschewismus restlos kompromittiert worden ist, und daß es gar nichts mehr nützt, ein Abweichen des Bolschewismus von der marxistischen Lehre nachzuweisen. Will sich der Sozialismus als Bewegung nicht selbst aufgeben (und dazu liegt kein Anlaß vor; denn er wird dringend gebraucht!), dann muß sein erstes Anliegen heute sein, keine Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß er gerade das Gegenteil des Bolschewismus ist.

8. Es ist behauptet worden, das unlösbare Dilemma der SPD liege darin, daß sie die marxistischen Restbestände nicht liquidieren und eine neue Konzeption, die neue Wählermassen anzöge, nicht entwickeln könne, weil sie damit ihre alten Wähler aus der Arbeiterschaft verlieren würde. Diese Behauptung verkennt völlig die einmalige Situation, in der sich die SPD heute befindet. Seit der Spaltung der Arbeiterbewegung hat heute die SPD erstmalig nur einen Einfrontenkampf nach rechts zu führen. Der Kommunismus ist in Deutschland bis auf weiteres tot. Dies gibt ihr die einmalige Chance, aus den Erfahrungen der letzten 50 Jahre und unter Ausnutzung der modernen sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse neue Maßstäbe und ein neues Programm ohne kommunistische Störung zu entwickeln. — Das wirkliche Dilemma liegt an anderen Stellen, wenn es auch nicht unlösbar ist.

9. Alte, liebgewohnte Schlagworte und Denkschablonen aufzugeben, an ihre Stelle moderne sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Analysen zu stellen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse obendrein noch in allgemeinverständliche Formen zu übertragen und für die breiten Massen zugkräftig zu machen, ohne in neue gefährliche Vereinfachungen zu verfallen, das stellt die SPD vor Aufgaben, denen ein großer Teil ihrer Funktionäre heute kaum gewachsen sein dürfte. Was diese Aufgaben so besonders schwierig macht, ist die Anfälligkeit der heutigen Menschen gegenüber liberalistischen Simplifikationen, mit denen sich der Sozialist dann auseinandersetzen muß. Daraus ergibt sich für ihn die Gefahr, rückfällig zu werden, was in der Gegenwart mit politischem Mißerfolg enden muß, weil sozialistische Vereinfachungen im Augenblick nicht mehr anzukommen pflegen. Das hat die letzte Wahl, besonders der Erfolg der Erhard-schen Übertreibung, deutlich gezeigt. Unsere Wirtschaftspolitik ist seit der Währungsreform nicht viel anderes als eine leichtfertige, aber erfolgreiche à-la-Hausse-Spekulation gewesen. Dem entspricht eine überwiegend saturiert-optimistische Stimmung der westdeutschen Bevölkerung. In einer solchen Situation war ein erfolgreicher Wahlkampf für die Opposition schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Aber gerade, wenn ein kurzfristiger Erfolg mehr als fraglich wird, tut man gut, in sachlicher Auseinandersetzung mit dem Gegner langfristig zu operieren. Da die Massen das Gefühl hatten, daß es ihnen wirtschaftlich besser ging, hatte es keinen Sinn, das Gegenteil zu behaupten, aber man konnte mit Recht auf die einseitige Vermögensbildung hinweisen und entsprechende Gegenforderungen stellen, und man konnte außerdem die Einseitigkeit unserer liberalen Wirtschaftspolitik kritisieren. Man konnte darauf hinweisen, daß, wenn exogene Verschärfungen unserer wirtschaftlichen Lage (z. B. weitere Steigerung der internationalen Spannung, dadurch weitere Außenhandelsschwierigkeiten usw.) eintreten, sich sehr schnell zeigen würde, wie das bereitgestellte wirtschaftspolitische Instrumentarium unserer Re-

gierung (besonders die z. T. von oben geradezu geförderte Einstellung des einzelnen Wirtschaftsbürgers, allein auf den eigenen Vorteil bedacht zu sein und jede staatliche Einschränkung seiner Freiheit als verbrecherischen „kollektivistischen“ Zwang abzulehnen) in keiner Weise zureicht, um eine wirtschaftliche und soziale Ordnung sicherzustellen. Mit einer solchen Argumentation hätte man auch wohl zunächst keinen großen Erfolg gehabt — denn die Menschen denken gewöhnlich nicht über das Heute hinaus — aber man wäre doch nicht in den Verdacht gekommen, aus Weiß Schwarz machen zu wollen und hätte sich allmählich das Vertrauen gewonnen, ein ernst zu nehmender und zuverlässiger Kritiker der Regierung zu sein.

Denn gerade hier liegt die Aufgabe der SPD, wenn sie heute und in Zukunft für den ordnungspolitischen Fortschritt auf sozialökonomischem Gebiete wirken will. Sie muß die Regierung durch eine der ganzen komplizierten Wirklichkeit gerecht werdende sachliche Kritik zwingen, von unwahrhaftigen und einseitigen Praktiken abzulassen. Nur so kann sie sich gleichzeitig das gedankliche Rüstzeug erwerben, um bei einer späteren Regierungsübernahme selbst die Sozialordnung erfolgreich gestalten zu können. Denn sozialer Fortschritt ist nur möglich, wenn wir in unserer Ordnungspolitik nicht bei jedem Regierungswechsel von einem Extrem in das andere fallen. Aus dieser Pendelbewegung herauszukommen, sie wenigstens zu mildern, muß künftig das erste Anliegen jedes erfolgreichen Sozialreformers sein.

10. Das zweite Dilemma der SPD liegt in der Notwendigkeit, das chiliastische Ziel der klassenlosen Gesellschaft aufgeben zu müssen. Das ist zwar stillschweigend bei den meisten schon längst geschehen, aber auch hier ist ein utopischer Rest übriggeblieben, der bei manchen Sozialisten unbewußt noch wirkt und zu falschen Konsequenzen Anlaß gibt.

Für die Sozialisten des 19. Jahrhunderts war die sozialistische Idee Religionsersatz. An die Stelle der Kirche trat die Partei. Daraus resultierte ihre Religions- und Kirchenfeindlichkeit. Sie ist heute im Zuge der sozialistischen Ernüchterung ein Anachronismus geworden. Das bedeutet weiß Gott nicht, daß jeder Sozialist in den Schoß der christlichen Kirche zurückkehren müßte. Es bedeutet aber, daß es für einen Sozialisten von heute kein Verdienst mehr ist, niemals in seinem Leben gebetet zu haben.

Diese Säkularisierung des Sozialismus ist zwar längst vollzogen, sie muß aber mit allen ihren Konsequenzen noch ins sozialistische Bewußtsein gerufen werden. Mit ihr hat der Sozialismus seine Glaubenskraft und für diejenigen an Zugkraft verloren, die einen Religionsersatz suchen. Er stößt aber auch nicht mehr diejenigen ab, die keinen Religionsersatz brauchen.

Natürlich kann der Sozialismus auch heute nicht rein aus der Ratio leben, sondern bedarf nach wie vor des irrationalen Moments. Deshalb ist für den Sozialismus und seine Partei heute wichtiger denn je geworden, daß sie Persönlichkeiten gewinnen und herausstellen, die mit ihrem Charisma die Menschen anziehen und der Bewegung jene moralische Kraft verleihen, die sie aus dem Dogma nicht mehr gewinnen kann. An die Stelle des alten marxistischen Chiliasmus muß das Vertrauen zur sozialistischen Bewegung und zu den Menschen, die sie tragen, treten. Solche Menschen zu haben und sie nicht an die richtige Stelle zu setzen, ist daher für die SPD heute die Todsünde schlechthin.

11. Dies alles zeigt, wie mit dem Zerfall der alten Dogmen jetzt alles auf die sozialistischen Menschen ankommt, auf ihre moralische Kraft und auf ihre Geschicklichkeit. Ansehen zu gewinnen ist eine Frage des Charakters und des Verstandes. Demagogische Mittelchen haben heute ihre Wirkungskraft weitgehend eingebüßt. Auch das ist eine Begleiterscheinung der Skepsis und der Ernüchterung, die die heutigen Menschen erfaßt hat. Nur, viele unserer Parteipolitiker haben das noch nicht begriffen.

HEINZ-DIETRICH ORTLIEB

Sie benehmen sich, als lebten sie noch im 19. Jahrhundert, als dogmatische Entstellungen und klassenkämpferische Diffamierungen ihre Wirkung taten und übrigens auch noch eine Aufgabe zu erfüllen hatten. Heute aber ist der im Vorteil, der den sachlichen Ton mit dem sachkundigen Argument zu verbinden weiß. Nur seine Entrüstung und sein Protest werden ernst genommen. Ewigen Schreiern begegnet man nur mit einem Achselzucken. — Auch hier werden Ansehen und Erfolg der SPD davon abhängen, ob es ihr und ihrer Presse gelingt, einen neuen Stil der politischen Auseinandersetzung zu entwickeln.

12. Die SPD ist nach dem letzten Wahlkampf ein schlechter Verlierer gewesen. Die mangelnde Selbstkritik ihres Vorstandes, seine Verdächtigungen der Wähler und seine voreiligen Beschuldigungen des Gegners waren ihrem Ansehen höchst abträglich. Das muß sich um so unglückseliger auswirken, wenn die Sieger tatsächlich ihre Macht mißbrauchen sollten (wofür viele Anzeichen heute schon sprechen). Wenn die SPD und ihre Presse es nicht lernen, Kollektivverdächtigungen zu vermeiden, die tatsächliche Leistung des Gegners mit Selbstverständlichkeit anzuerkennen und nur da Kritik zu üben, wo sie konkrete, stichhaltige Argumente zur Hand hat, dann wird der freiheitliche Sozialismus seine Aufgabe, als soziales Gewissen den liberalen Trend unserer Zeit auszugleichen, nicht erfüllen können, weil ihm niemand glaubt und niemand zuhört.